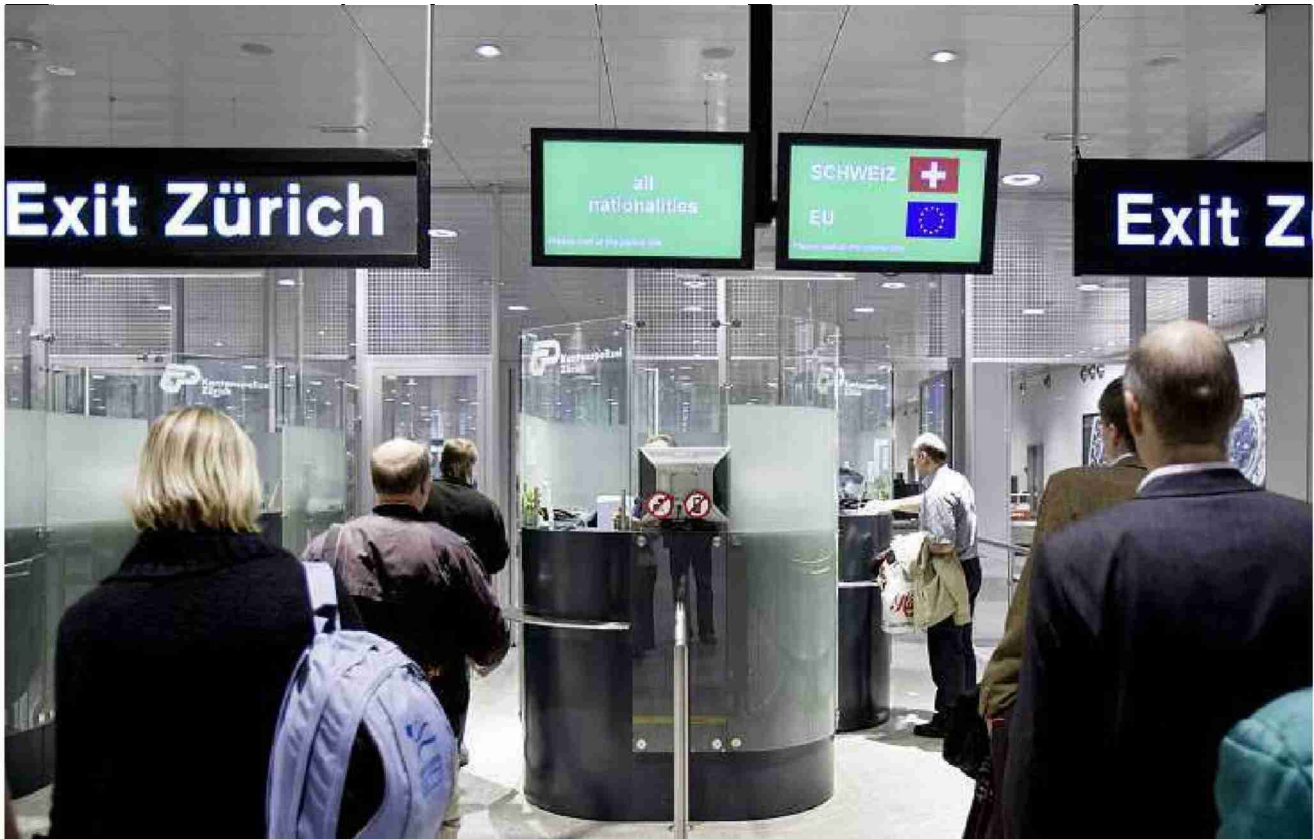




Airlines blechen für illegale Migranten



Happige Bussen drohen: Passagiere, die bei der Einreisekontrolle am Flughafen ohne gültige Papiere erwischt werden, kommen die Fluggesellschaften künftig teuer zu stehen.

Keystone

NATIONALRAT Die Schweiz verstärkt den Kampf gegen die illegale Migration: Fluggesellschaften müssen die Papiere ihrer Passagiere genau prüfen und bei bestimmten Flügen vorab deren Daten übermitteln. Andernfalls werden sie künftig tüchtig zur Kasse gebeten.

Die Maschine landet an diesem Donnerstag im März pünktlich in Zürich. Kurz vor 19 Uhr steht Lira Kodraj (Name geändert) mit ihren beiden Töchtern an der Einreisekontrolle. Die drei Albanerinnen sind aus Pristina (Kosovo)

angereist. Ein Landsmann wartet bereits am Terminal, um sie abzuholen. Was die 36-jährige Mutter nicht weiss: Auch die Schweizer Behörden warten schon. Sie sind über ihre Ankunft und ihren Gastgeber in der Schweiz informiert. Denn seit Ende 2011 sammelt das Bundesamt für Migration (BFM) die Daten sämtlicher Passagiere aus Pristina und stellt sie der Grenzkontrolle zur Verfügung (siehe Box links).

Die Beamten haben mit den Abklärungen begonnen, während Lira Kodraj mit ihren Töchtern noch im Flieger sass. Nun überprüfen sie die Ankömmlinge wie

den wartenden Gastgeber, geben dessen Pass zur Expertenuntersuchung. Ergebnis: Der Ausweis ist gefälscht, der Albaner ist illegal in der Schweiz. Er wird verhaftet – Lira Kodraj und ihren Töchtern die Einreise verweigert.

Kampf gegen Illegale

Solche behördlichen Erfolgsmeldungen sind selten – verglichen mit der wachsenden Bedeutung der illegalen Migration auf dem Luftweg. Zu selten für Justizministerin Simonetta Sommaruga. Sie will illegale Einreisen per



Flugzeug darum verstärkt bekämpfen. So setzt etwa die Schweiz seit Ende 2012 Dokumentenberater an Flughäfen in Drittstaaten ein. An welchen, will das BFM «aus taktischen Gründen» nicht verraten. Die Experten sollen schon vor dem Abflug Richtung Schweiz gefälschte Pässe und deren Besitzer entlarven.

Zusätzlich werden jetzt auch die Airlines stärker in die Pflicht genommen: Diese sollen künftig die Papiere ihrer Drittstaatenpassagiere besser kontrollieren. Andernfalls drohen ihnen saftige Bussen. Nach dem Ständerat hat gestern auch der Nationalrat einer entsprechenden Änderung des Ausländergesetzes zugestimmt (siehe Box rechts).

Alle Verfahren eingestellt

Theoretisch konnten Fluggesellschaften schon bisher zu Bussen bis zu einer Million Franken verdonnert werden, wenn sie Passagiere aus Nicht-Schengen-Staaten ohne gültige Reisedokumente beförderten. Die Strafnorm existiert seit Ende 2008. Doch die blieb in der Praxis toter Buchstabe: Bis Mitte 2009 strengte der Bund zwar 25 Verfahren gegen 13 Airlines an, weil diese insgesamt 188 Passagiere ohne gültige Visa an Bord hatten. Zu einer Busse kam es aber nie.

Vielmehr wurden sämtliche Verfahren eingestellt, weil keine Aussicht auf eine Verurteilung bestand. Der Grund: Anders als in anderen Schengen-Ländern

mussten die Behörden den Fluggesellschaften ein Verschulden nachweisen. «Ein Beweis, der in der Praxis kaum zu erbringen war», so das BFM. Trotz der steigenden Zahl illegaler Einreisen per Flugzeug hat das Amt deshalb seit 2009 kein einziges neues Verfahren mehr eröffnet. Dabei

gehen beim BFM im Schnitt jährlich über tausend Anzeigen ein.

Umgekehrte Beweislast

Die Gesetzesänderung schafft nun aber eine völlig neue Ausgangslage. Denn sie kehrt die Beweislast kurzerhand um: Hat eine Airline etwa einen Reisenden mit gefälschtem Visum an Bord, wird neu auf eine Verletzung der Sorgfaltspflicht geschlossen. Das BFM muss kein Verschulden mehr nachweisen, sondern die Airline ihre Unschuld. Das ist einträglich, wie etwa das deutsche Beispiel zeigt, an dem sich die Schweiz orientiert: 2,6 Millionen Euro Busse mussten dort Fluggesellschaften 2013 blechen, weil sie Passagiere ohne gültige Papiere beförderten.

Damit müssen Airlines nun auch in der Schweiz rechnen. Auch hier kann es schnell in die Millionen gehen. Pro beförderte Person ohne ausreichende Reisedokumente ist jetzt eine Pauschalbusse von 4000 Franken fällig. Bei schweren Versäumnissen können es sogar 16000 Franken werden. Die happigen Beträge

sollen laut BFM eine «abschreckende Präventivwirkung» haben und die Airlines so zu besseren Kontrollen anhalten.

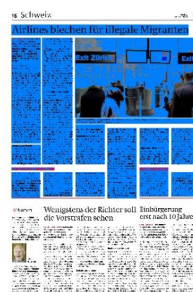
Branche reagiert verärgert

Die Luftfahrtbranche reagiert verärgert. Der Dachverband Aerosuisse kritisiert, der Bund delegiere damit einfach die Bekämpfung illegaler Einwanderung an die Airlines. Das sieht auch die Swiss so, die Fluggesellschaft mit dem grössten Passagieraufkommen an Schweizer Flughäfen. Sie beförderte 2013 insgesamt 16 Millionen Reisende – ein gutes Viertel stammte von ausserhalb des Schengen-Raumes.

Folgen auch für Kunden?

Die Swiss lehnt die Verschärfung des Gesetzes als «unverhältnismässig» und «nicht zielführend» ab. Man arbeite mit den Behörden zusammen und habe eine vertragliche Vereinbarung mit dem BFM, sagt Sprecherin Susanne Mühlemann. Die Swiss führe schon heute bestmögliche Kontrollen durch, «doch haben wir keine hoheitlichen Befugnisse, Verstösse zu orten». Wie viele Fälle transportierter illegaler Migranten die Swiss in der Vergangenheit verzeichnete, will sie nicht verraten.

Die Gesetzesänderung dürfte auch für die Kunden Folgen haben: Die Mehrkosten für Kontrollen und Bussen werden die Airlines wohl auf die Ticketpreise schlagen. *Peter Meier*



PASSAGIERDATEN WERDEN GESAMMELT

Neben Kontroll- haben Airlines auch Meldepflichten. Das Bundesamt für Migration (BFM) kann von ihnen verlangen, **bei Flügen von bestimmten Destinationen in die Schweiz vor Abflug die persönlichen Passagierdaten an das Amt zu übermitteln.** Diese Angaben stehen dann den Grenzkontrollbehörden zur Ver-

fügung und werden mit andern relevanten Datenbanken abgeglichen. So können die Behörden schon während des Fluges Abklärungen vornehmen. Betroffen sind nur Destinationen ausserhalb des Schengen-Raumes. Das BFM legt sie aufgrund einer Risikoanalyse fest. **Gegenwärtig besteht die Meldepflicht gemäss**

Angaben der Swiss für 14 Länder: USA, Kanada, Russland, Indien, Vereinigtes Königreich, China, Vereinigte Arabische Emirate, Ukraine, Südafrika, Oman, Kenia, Tansania, Kosovo, Türkei. Liefern die Airlines die Daten nicht, zu spät oder unvollständig, drohen ihnen Bussen von mindestens 4000 Franken pro Flug. *pem*

EINSTIMMIGE ENTSCHEIDE

Das Parlament gibt dem Bundesrat Möglichkeiten für Sanktionen gegen Fluggesellschaften in die Hand: Diese können künftig gebüsst werden, wenn sie Passagiere ohne gültige Reisepapiere in die Schweiz fliegen (siehe Haupttext). Auch der Nationalrat hat gestern der Änderung des Ausländergesetzes zugestimmt.

Der Entscheid fiel mit 135 zu 0 Stimmen bei 34 Enthaltungen. **Beide Parlamentskammern haben die Änderungen jeweils einstimmig gutgeheissen.** Der Ständerat hatte die vom Bundesrat vorgesehenen Sanktionen noch etwas verschärft. Der Nationalrat winkte diese stillschweigend durch. *sda*